

Entschießung der Delegiertenversammlung vom 26. 02.2009

Gerechte Gesellschaft, Gerechte Zukunft!

Zunehmend empfinden die Beschäftigten und die Mitglieder der IG Metall die Politik, die Situation in den Betrieben als ungerecht und ungerechtfertigt!

Vor Beginn der Finanzkrise und deren Auswirkung in den Betrieben, wuchsen die Gewinne der Unternehmen, die Bedingungen für die Beschäftigten, besonders in der Leiharbeit wurden schlechter, aber auch zunehmend der Druck auf die „Stammebelegschaften“ wuchs.

Nunmehr ist es die Angst um die Arbeitsplätze. Finanzielle Verluste durch Kurzarbeit und Krisenbewältigung, die den Menschen Sorgen machen.

Es gibt eine Reihe von Zielen der Gewerkschaften und besonders der IG Metall:

- Mehr soziale Sicherheit, Schutz der Arbeitsplätze und bessere Arbeitsbedingungen
- Mehr Investitionen in erneuerbare Energien und den öffentlichen Verkehr sind notwendig
- Anstelle der ausschließlichen Ausrichtung der Unternehmen am Gewinn, sollten endlich die Menschen und die Arbeitsplätze mehr im Mittelpunkt des Handelns stehen
- dazu sind mehr Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer im Betrieb und Unternehmen, sowie im gesamtwirtschaftlichen Bereich und auch mehr Demokratisierung der Gesellschaft erforderlich

Erneut sollten wir die Diskussion um die Überführung der Schlüsselindustrien und anderen Markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum öffentlich führen.

Für die Durchsetzung diese Ziele ist eine breite öffentliche Diskussion und Mobilisierung notwendig:

Es geht um eine gesellschaftliche Debatte und gewerkschaftliche Auseinandersetzung, um die Aufgaben der Finanzinstitute zur Durchsetzung einer anderen Wirtschaftspolitik. Diese muss auf Vollbeschäftigung ausgerichtet sein.

Es sollen Strukturen und Regionalprogramme diskutiert werden, die für den Übergang zu einer anderen, demokratisch kontrollierten Produktions- und Lebensweise führen.

Dazu müssten die Banken und Wirtschaftskonzerne in öffentliches Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle überführt werden. Die Kontrolle muss durch Vertreter/innen der Gewerkschaften, Belegschaften, Kommunen, Verbraucher, Umweltverbände und Friedensbewegungen, etc, die entsprechend gewählt werden und einer demokratischen Wirtschaftspolitik verpflichtet sind.

Wir sollten erneut diskutieren, ob eine verkürzte Arbeitszeit, mit entsprechendem Entgeltausgleich auf Kosten der Unternehmensgewinne zur Sicherung der Arbeitsplätze und mit dem Ziel der Vollbeschäftigung eine gegenwärtige Forderung der IG Metall sein soll.

Wir möchten gerne eine Veranstaltung mit dem zuständigen Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans-Jürgen Urban durchführen und fordern auch den Vorstand und die Bezirke der IG Metall auf Funktionärsversammlungen durchzuführen und eine alternative Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik zu diskutieren und sich für eine gerechte Zukunft stark zu machen!

In einem zweiten Schritt sollten ebenfalls andere Gewerkschaften einbezogen werden.